

Stellungnahme

18. Mai 2026

Stellungnahme des Frauennetzwerkes zum unzureichenden Schutz eines Opfers sexualisierter Gewalt und zur Rolle der Jugendeinrichtung und des Jugendamtes.

Als Netzwerk, dass sich für ein selbstbestimmtes, gleichberechtigtes, emanzipiertes und gewaltfreies Leben und Arbeiten für Frauen einsetzt, kann und möchte diesen Vorfall nicht unkommentiert stehen lassen.

Das Netzwerk Frauen in Neukölln zeigt sich tief besorgt über den bekannt gewordenen Fall geschlechtsspezifischer sexualisierter Gewalt und Vergewaltigung eines 16-jährigen Mädchens im Jugendzentrum Wutzkyallee, bei dem nach unserer Einschätzung der notwendige Schutz des betroffenen Opfers nicht ausreichend gewährleistet wurde.

Besonders kritisch betrachten wir in diesem Zusammenhang die Rolle der zuständigen Einrichtung sowie des Jugendamtes, das eine zentrale Verantwortung für den Schutz von Kindern und Jugendlichen trägt. Das Jugendamt hat gemäß seinem gesetzlichen Auftrag die Aufgabe, das Wohl von Kindern und Jugendlichen zu schützen und bei Gefährdungslagen frühzeitig und konsequent zu handeln.

In Fällen (sexualisierter) Gewalt ist eine schnelle, klare und opferorientierte Reaktion unerlässlich. Hinweise auf mögliche Gefährdungen müssen sorgfältig geprüft und geeignete Schutzmaßnahmen unverzüglich eingeleitet werden.

Vor diesem Hintergrund stellen sich aus unserer Sicht wichtige Fragen zum Umgang mit dem vorliegenden Fall. Insbesondere ist zu klären, ob die Hinweise auf die Gefährdung ausreichend ernst genommen, ob die erforderlichen Schutzmaßnahmen rechtzeitig eingeleitet wurden und ob das Wohl des betroffenen Opfers, des Mädchens, zu jedem Zeitpunkt im Mittelpunkt der Entscheidungen stand.

Ein unzureichender Schutz oder ein verspätetes Handeln kann für Betroffene schwerwiegende Folgen haben. Neben der unmittelbaren Gefährdung besteht die Gefahr zusätzlicher psychischer Belastungen und Retraumatisierungen. Institutionelle Versäumnisse können zudem dazu führen, dass Betroffene das Vertrauen in Hilfesysteme verlieren.

Wir fordern daher eine transparente und unabhängige Aufarbeitung des Geschehens. Dabei muss geprüft werden, ob bestehende Schutzkonzepte eingehalten, ob die internen Verfahren des Jugendamtes angemessen angewendet wurden und welche strukturellen Verbesserungen notwendig sind, um zukünftige Schutzlücken zu schließen.

Darüber hinaus sehen wir folgenden grundlegenden Handlungsbedarf:

- eine konsequente Priorisierung des Opferschutzes in allen Entscheidungsprozessen
- Opferschutz vor Täterschutz
- Täter und Mittäter*innen müssen zur Verantwortung gezogen werden
- Etablierung von verbindlichen und überprüfbaren Schutzkonzepten in Einrichtungen, die in der Zusammenarbeit mit Fachstellen erarbeitet wurden
- regelmäßige Fortbildungen für Fachkräfte im Umgang mit sexualisierter / geschlechtsbezogener Gewalt von unabhängigen Fachstellen
- klare Meldewege und transparente Interventionsverfahren, die für alle Besucher*innen und der Öffentlichkeit zugänglich sind
- Strategie zur stärkeren Einbindung unabhängiger Fachberatungsstellen bei Vorfällen
- Keine Instrumentalisierung des Tatbestandes sexualisierter / geschlechtsspezifischer Gewalt für rassistische und parteipolitische Debatten

Wir fordern, dass Betroffene von den Behörden jederzeit ernst genommen, geschützt und unterstützt werden. Für den Fall, dass sich Betroffene nicht ernst genommen, geschützt und unterstützt fühlen, muss eine unabhängige Anlaufstelle eingerichtet werden, die allen Stellen bekannt sein muss.

Wir fordern, dass Institutionen, die für den Schutz von Kindern und Jugendlichen verantwortlich sind, dieser Verantwortung jederzeit gerecht werden. Der Umgang mit Übergriffen muss transparent und für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, damit Betroffene bestmöglich geschützt werden können. Für uns steht fest: Echte Schutzsysteme brauchen Unabhängigkeit – Selbstüberprüfung reicht nicht aus.

Wir appellieren daher an alle beteiligten Stellen, den vorliegenden Fall umfassend aufzuarbeiten und die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Der Schutz von Kindern und Jugendlichen darf zu keinem Zeitpunkt hinter institutionellen Abläufen oder Zuständigkeitsfragen zurückstehen.

Es ist absolut inakzeptabel, dass Gewalttaten an Mädchen und Frauen ohne Folgen hingenommen werden. Welcher Schutz kann Mädchen und Frauen gewährleistet werden, wenn das Hilfesystem bei den ersten Schritten nicht wirkt?

Die korrekte Aufarbeitung muss auch als ein Signal dafür stehen, dass Neukölln alles dafür tut, um Frauen und Mädchen zu schützen.

Als Netzwerk Frauen in Neukölln distanzieren wir uns entschieden von einer Instrumentalisierung sexualisierter / geschlechtsspezifischer Gewalt für rassistische und parteipolitische Debatten. Beim hier vorliegenden Fall handelt es sich nicht allein um ein Versagen einzelner Personen, sondern offensichtlich um unzureichende Kinderschutzkonzepte und ein Fehlen von tragfähigen und effektiven Strukturen.

Wir bedanken uns ausdrücklich für die sensible und fachlich kompetente Arbeit der Mitarbeiterinnen* der Mädcheneinrichtungen von MaDonna Mädchenkult.Ur e.V., die das betroffene Mädchen unterstützt(e) die Straftat zu melden und das Mädchen und ihre Familie im Prozess begleitet(e).

Als Netzwerk stehen wir solidarisch an der Seite von Betroffenen sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt. Betroffene müssen ernst genommen, geschützt und unterstützt werden. Institutionen, die für den Schutz von Kindern und Jugendlichen verantwortlich sind, müssen dieser Verantwortung jederzeit gerecht werden.

Netzwerk Frauen in Neukölln
Sprecherin Anna Huk